

BERICHT

über die

64. Tagung des Statistischen Beirats

am 10. Mai 2017

in Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Bericht
über die 64. Tagung des Statistischen Beirats
am 10. Mai 2017

Vorsitz

Dieter Sarreither	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (TOP 1–3)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer	RWI Essen (TOP 4 ff.)

Gewerbliche Wirtschaft und Arbeitgeberverbände

Michael Alber	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA), Berlin
Dr. Ulrike Beland	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Berlin
Thomas Herkner	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW), Berlin
Solveigh Jäger	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Berlin
Dr. Rolf Ketzler	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), Berlin
René Rimpler	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V., Berlin
Klaus Schrader	GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Berlin

Gewerkschaften

Thilo Börner	ver.di-Bundesvorstand, Berlin
Dr. Christel Degen	DGB-Bundesvorstand, Berlin
Peter Hohlfeld	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Düsseldorf

Umwelt- und Sportverbände

Dr. Karin Fehres	Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB), Frankfurt am Main
Prof. Dr. Eberhard K. Seifert	Deutscher Naturschutzring (DNR), Karlsruhe

Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute

Prof. Dr. Thomas K. Bauer	RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
Prof. Dr. Gert G. Wagner	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Deutsche Statistische Gesellschaft

Prof. Dr. Ralf Münnich Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG), Frankfurt/Oder

Hochschulen

Prof. Dr. Joachim Wilde Universität Osnabrück

Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten

Stefan Bender Deutsche Bundesbank, FDZ, Frankfurt am Main

Kultusministerkonferenz

Dr. Werner Nickel Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst,
Wiesbaden

Kommunale Spitzenverbände

Michael Haußmann Vorsitzender des Verbandes Deutscher Städtestatistiker,
Stuttgart

Bundesbehörden

Edgar Brandt
(i. V. für Robert Kirchner) Deutsche Bundesbank, Frankfurt

Bundesministerien

Kirsten Wittschen Bundesministerium des Innern

Dr. Volker Appel
(i. V. für Dr. Rainer Gießübel) Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Matthias Pannhorst Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Peter Büttgen Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit (BfDI)

Dr. Alexandra Blanke Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Heidrun Reuter Bundesministerium für Verkehr und
digitale Infrastruktur (BMVI)

Nicolas Schäfstoß
(i.V. für Dr. Florian Kammerer) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Hans-Jürgen Stubig
Gabriele Simons Bundesministerium für Arbeit und Soziales
(BMAS)

Kirsten Trittermann
(i.V. für Franziska Grevel) Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Für die Statistischen Ämter der Länder

Christa Bahrmann (i. V. für Burkhard Müller)	Statistisches Landesamt Sachsen, Kamenz
Jörg Berres	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems
Renate Cohrs	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg
Hans-Josef Fischer	Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Düsseldorf
Dr. Christel Figgner	Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden
Dr. Thomas Gößl	Bayerisches Landesamt für Statistik, München
Günter Krombholz	Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt
Simone Lehmann	Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover
Michael Reichelt	Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Christiane Seidel (i. V. für Dr. Carmina Brenner)	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart
Jürgen Wayand	Statistisches Landesamt Bremen

Für Eurostat

Dr. Joachim Recktenwald	Statistisches Amt der Europäischen Union (Eurostat), Luxemburg
-------------------------	---

Weitere Teilnehmende vom Statistischen Bundesamt

Dr. Sabine Bechtold, Dr. Ruth Brand, Jürgen Chlumsky, Prof. Dr. Manfred Ehling, Marion Engelter, Mathias Meisenheimer, Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Angela Schaff, Peter Schmidt, Dr. Georg Thiel, Thomas Wöll.

Zeitweise: Martin Beck, Albert Braakmann, Thomas Körner, Heike Kreuzberger, Ruth Männer, Thomas Riede, Bernd Schmidt, Hubert Vorholt, Prof. Dr. Markus Zwick.

	Inhalt	Seite
TOP 1	Begrüßung und kurzer Bericht	6
TOP 2	Feststellen der ordnungsgemäßen Zusammensetzung und Beschlussfähigkeit	6
TOP 3	Wahl des Vorsitzes	6
TOP 4	Arbeit der Fachausschüsse und Nutzerworkshops	7
TOP 5	Sachstandsberichte, Energieholz	7
TOP 6	Möglichkeiten des novellierten Bundesstatistikgesetzes nutzen	8
TOP 7	Neue Kooperationsmodelle bei der Erstellung von Indikatorensystemen	9
TOP 8	Lücken im Programm der Bundesstatistik	10
TOP 9	Beratung zur Umsetzungsstrategie – in Parallelgruppen	12
TOP 10	Vorstellung der Ergebnisse	14
TOP 11	Weiteres Vorgehen	18
TOP 12	Verschiedenes	18

TOP 1 Begrüßung und kurzer Bericht

Präsident Sarreither begrüßt die Anwesenden und stellt die neu berufenen und benannten Mitglieder vor. Er nimmt sein bevorstehendes Ausscheiden als Vorsitzender sowie seine anstehende Pensionierung zum Anlass, die Initiative und Konstruktivität des Beirats zu würdigen, sowie dessen gebündelte praktische Erfahrung sowohl in der Konzeption, Durchführung und Aufbereitung von Erhebungen als auch in der Analyse statistischer Daten, in der Verwendung solcher Analysen und in Rechtsfragen rund um die Statistik. Er lobt den Dialog, der es jeweils den Produzenten, Nutzern und Befragten der Bundesstatistik ermöglicht, die Interessen und manchmal auch die Nöte der jeweils anderen Seite kennen zu lernen.

Fortschritte der Bundesstatistik illustriert Präsident Sarreither anhand einiger wichtiger Rechtsgrundlagen, die seit der vorigen Beiratstagung in Kraft getreten sind: Bundesstatistikgesetz, Umweltstatistikgesetz, Zensusvorbereitungsgesetz, Mikrozensusgesetz, Hochschulstatistikgesetz und Energiestatistikgesetz. Die Nutzung von Verwaltungsdaten und die Datenverknüpfung ziehen sich als rote Fäden durch diese Novellierungen.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Zusammensetzung und Beschlussfähigkeit

Der Beirat stellt fest, dass die bisher berufenen und benannten Personen auch nach Inkrafttreten der neuen „[Geschäftsordnung 2017](#)“ im Amt bleiben, also nicht neu benannt oder berufen werden müssen. Er stellt weiter fest, dass die Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter der Länder kraft Amtes dem Beirat angehören und von den Landesämtern kein Vorschlag und keine Benennung erfolgen muss.

Bis dahin sind 18 Stimmberechtigte anwesend, so dass die Mindestzahl von 17 (also mindestens die Hälfte der zzt. 33 Stimmberechtigten) erreicht und der Beirat beschlussfähig ist.

TOP 3 Wahl des Vorsitzes

Auf Vorschlag von Prof. Dr. Joachim Wilde (Hochschulen) stellt sich Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute) als Kandidat für den Vorsitz des Beirats zur Verfügung. Die Stimmberechtigten nach § 4 Absatz 1 der Geschäftsordnung votieren in offener Abstimmung mehrheitlich für den Kandidaten: Prof. Dr. Thomas K. Bauer wird mit 13 von 19 Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten zum neuen Beiratsvorsitzenden gewählt.

Für das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden stellt sich Solveigh Jäger (BDI) auf Vorschlag von Thomas Herkner (BDEW) zur Verfügung und wird ebenfalls in offener Abstimmung von der Mehrheit der Stimmberechtigten gewählt. Solveigh Jäger erhält 11 von 19 Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten und wird damit zur Stellvertreterin des Beiratsvorsitzenden gewählt.

Die nach § 4 Absatz 2 der Geschäftsordnung auf zwei Jahre Gewählten nehmen die Wahl an und übernehmen die Leitung der weiteren Tagung.

Rückblick und Vorschau

TOP 4 Arbeit der Fachausschüsse und Nutzerworkshops

Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Leiterin der Abteilung B des Statistischen Bundesamtes, erwähnt die Sitzungen der Fachausschüsse seit der Jahrestagung 2016 und geht auf die anstehenden Termine der Fachausschüsse und weiterer [Veranstaltungen](#) ein, die den Beiratsmitgliedern offenstehen. Sie wirbt für eine rege Teilnahme an den Fachausschusssitzungen, in denen die wesentliche inhaltliche Auseinandersetzung mit statistischen Fachfragen geleistet wird.

TOP 5 Sachstandsberichte, Energieholz

Thomas Herkner (BDEW) erläutert kurz den Hintergrund des TOP: Er stand schon 2016 auf der Tagesordnung, doch aus Zeitgründen konnte kein Beschluss mehr gefasst werden. In der Sache sind seit Sommer 2016 weitere Gespräche zwischen Verbänden, dem Statistischen Bundesamt und den zuständigen Bundesministerien geführt worden. Eine Entscheidung über den Einbezug von „Energieholz“ (biogene Festbrennstoffe) in den Preisindex ist weiterhin offen, da der Markt für dieses Gut noch hinsichtlich seiner Struktur und wirtschaftlichen Bedeutung analysiert werden muss. Dies auch, um zu einer Aufwand-Nutzen-Betrachtung für den gewünschten Spezialindex zu kommen. Prinzipiell teilen die Beteiligten jedoch die Ansicht, dass ein Preisindex für „Energieholz“ unter Einbezug heute noch nicht erfasster Formen von Holz als Energieträger (etwa „Waldhackschnitzel“) sinnvoll ist.¹ Daher fasst der Beirat nach Vortrag von Thomas Herkner und Hubert Vorholt, Leiter des Referats D 301 „Agrar-, Bau- und Immobilienpreise“ im Statistischen Bundesamt, folgenden Beschluss²:

„Der Statistische Beirat empfiehlt, den Markt für Energieholz zunächst genauer zu analysieren mit dem Ziel, Preise für Energieholz noch präziser abbilden zu können.“

¹ Siehe hierzu auch die [Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 164 vom 17.05.2017](#): „Keine weiteren Einsparungen von Haushaltsenergie im Jahr 2015“. Demnach kommt Brennholz verstärkt in Zusatzheizungen zum Einsatz. Im Jahr 2014 verfügten bereits 30,2 % der Einfamilienhäuser über einen mit Holz oder Holzpellets befeuerten Einzelofen.

² 13 von 19 Stimmberechtigten (= 68,4 %) tragen diesen Beschluss mit. Nach § 5 Absatz 5 Satz 2 der Geschäftsordnung gilt der Beschluss damit als gefasst.

Beratung zu neuen Arbeitsfeldern

TOP 6 Möglichkeiten des novellierten Bundesstatistikgesetzes nutzen

Sibylle von Oppeln-Bronikowski stellt in Stichworten die neuen Möglichkeiten vor, die sich durch die Novellierung des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) ergeben haben:

So konnte unter dem Aspekt „Flexibilisierung“ bei der auf Basis von § 7 BStatG durchgeführten Erhebung *„Qualitative/quantitative Überprüfung der FuE-Koeffizienten an Hochschulen“* die Brutstichprobe beim Professorenpersonal mit Blick auf Antwortausfälle angemessen zugeschnitten werden, weil nun gesetzlich klargestellt ist, dass sich die Obergrenze von 20.000 Befragten auf die Nettostichprobe bezieht.

Unter dem Aspekt „Harmonisierung“ erwähnt Sibylle von Oppeln-Bronikowski das *„Qualitäts- handbuch der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“* mit den zugehörigen *„Qualitäts- richtlinien für den Statistikerstellungsprozess“*, beides ist in Kraft.

Für die „Nutzung von Verwaltungsdaten“ hat das Statistische Bundesamt ein internes Verfahren etabliert, um neue Quellen zu identifizieren. Das novellierte BStatG erleichtert die Prüfung solcher Quellen. Doch ist auch nach der jetzigen Rechtslage eine konkrete Rechtsvorschrift nötig, aufgrund derer die statistischen Ämter Verwaltungsdaten zur laufenden Produktion einer Statistik verwenden dürfen. Das Gebot der Normenklarheit und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung stehen einer pauschalen Übermittlung entgegen und erfordern eine hinreichend genaue Bestimmung des jeweiligen Verwendungszwecks.

Auf Nachfrage von Dr. Christel Degen (DGB) erklärt Präsident Sarreither, dass die Statistik sich von der fortschreitenden Digitalisierung und Vernetzung der Verwaltung große Vorteile erhoffe.

Kirsten Wittschen (BMI) erinnert daran, dass Verwaltungsdaten zunächst aus einem statistikfremden Zweck anfallen. Um die statistische Verwendung zu fördern, benötigten die betroffenen Verwaltungen idealerweise einen eigenen Anreiz, damit den Kosten für eine statistiktaugliche Aufbereitung ein Nutzen für beide Seiten gegenüberstehe. Die Digitalisierung biete nach ihrer Einschätzung hierbei große Chancen.

In der anschließenden Diskussion macht Dr. Ulrike Beland (DIHK) klar, dass ihrer Ansicht nach ein stärkerer Zugriff der statistischen Ämter auf Verwaltungsdaten vor dem Hintergrund der E-Government-Strategie der Bundesregierung und einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung nicht an Kommunikationsproblemen zwischen Behörden scheitern dürfe, auch nicht an der Autonomie der staatlichen Ebenen oder an Ressourcenproblemen. Edgar Brandt (Bundesbank) empfiehlt in diesem Zusammenhang ein noch stärkeres Augenmerk auf die im internationalen Raum

verwendete Kennung „LEI“ (Legal Entity Identifier)³ zu legen. Thomas Herkner (BDEW) ergänzt, dass den Zusatzkosten der Verwaltung momentan Bürokratiekosten der privaten Wirtschaft gegenüberstehen – jedenfalls in Fällen, die eine ersatzweise Verwendung von Verwaltungsdaten anstatt von direkt erhobenen Angaben zulassen.

Prof. Wilde (Hochschulen) äußert, dass ihm die (frühzeitige) Beteiligung der statistischen Ämter beim Aufbau von Verwaltungsregistern sehr wichtig erscheine und dass nicht alle Maßnahmen zur Ertüchtigung von Verwaltungsdaten mit Mehrkosten verbunden sein müssten. In vielen Fällen reichten bereits vereinheitlichte Merkmalsabgrenzungen aus. Präsident Sarreither sieht das Thema inzwischen auf hoher politischer Ebene „angekommen“, so dass Verbesserungen zu erwarten seien.

TOP 7 Neue Kooperationsmodelle bei der Erstellung von Indikatorensystemen

Angela Schaff, Leiterin der Abteilung G des Statistischen Bundesamtes, berichtet, dass die Statistische Kommission der UN am 10. März 2017 die von der UN-Expertengruppe aus Statistischen Ämtern ([IAEG-SDGs](#))⁴ erarbeiteten 231 Indikatoren für das Monitoring der 169 Unterziele der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2013 (Sustainable Development Goals/SDGs) angenommen hat. Deutschland hatte 2016 als eines der ersten Länder der Welt für etwa 110 Indikatoren Daten zum Indikatorensystem der Vereinten Nationen berichtet. Nach der Festlegung des „Ob“ – der Auswahl eines Indikatorensets – gehe es nun um das „Wie“, also die Berechnung der ausgewählten Indikatoren. Hierfür wurde eine Drafting-Gruppe der IAEG-SDGs eingerichtet, die sich mit den künftigen Datenflüssen zwischen den Staaten und der UN beschäftigt: Die Daten werden von den nationalen statistischen Systemen an die sogenannten Custodian Agencies geliefert. Dies sind im Wesentlichen die UN-Fachorganisationen (etwa die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO und die Arbeitsorganisation ILO) sowie weitere internationale Organisationen mit entsprechendem politischem Mandat. Die von den Custodian Agencies berechneten oder geschätzten Zeitreihen sollen zur Prüfung an die nationalen Statistiksysteme zurückübermittelt werden.

Das Statistische Bundesamt ist zur Berechnung der nationalen Zeitreihen der globalen Indikatoren an einer engen Zusammenarbeit mit anderen datenhaltenden Stellen interessiert.

Vor diesem Hintergrund fragt das Statistische Bundesamt, ob Beiratsmitglieder Kenntnis von Datenlieferungen ihrer Institutionen an die UN haben und ob diese Institutionen Daten zu Indika-

³ Verbunden mit dem „LEI“ ist eine internationale Initiative für einen universellen Unternehmensidentifikator mit dem Ziel, ein weltweit gültiges, einheitliches Identifikatorensystem für alle Einheiten mit grenzüberschreitenden Finanztransaktionen einzuführen. Die G-20 Staaten haben dieses globale LEI-System 2011 lanciert, um mehr Transparenz in den internationalen Wirtschafts- und Finanzverflechtungen für die Regulierer und Marktakteure zu erreichen. Das LEI-System verfügt inzwischen über eine Organisationsstruktur mit einem weltweiten Netzwerk und befindet sich in der Implementierungsphase.

⁴ Inter-agency Expert Group on Sustainable Development Goals Indicators (Arbeitsgruppe der Statistikkommission der Vereinten Nationen).

toren liefern können, die das Statistische Bundesamt bisher nicht bedienen kann. Hierzu wird das Statistische Bundesamt den Kontakt zu den betroffenen Beiratsmitgliedern aufnehmen.

In der Diskussion informiert Angela Schaff, dass die vorgesehene globale Regionalisierung der Nachhaltigkeitsindikatoren aus UN-Perspektive zu sehen ist, also eher Weltregionen betrifft. Die neue deutsche Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung, aber auch Nachhaltigkeitsstrategien einiger Bundesländer orientieren sich bereits an den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen.

Solveigh Jäger (BDI) weist auf das Wirtschaftsforum „econsense“⁵ für Nachhaltige Entwicklung hin. Man suche den Dialog und habe auch schon mit dem Statistischen Bundesamt gesprochen.

Prof. Münnich berichtet über ein vom ihm betreutes Dissertationsprojekt, das mit Small Area Estimation eine Regionalisierung der Nachhaltigkeitsindikatoren im Bereich 9 „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ anstrebt. Allgemein seien mehr Informationen über Herkunft und Genauigkeit der Indikatoren nötig (Varianzschätzung). So müsse insbesondere im Falle von zusammengesetzten Indikatoren (Composite Indicators) deren Vergleichbarkeit sichergestellt werden.⁶

Dr. Recktenwald (Eurostat) kann hier auf die Aktivität der Statistikämter des Europäischen Statistischen Systems verweisen, die eine Harmonisierung der EU-relevanten SDG-Indikatoren zumindest auf EU-Ebene anstreben.

Nicolas Schäfstoß (BMUB) dankt dem Statistischen Bundesamt insbesondere auch für seine internationalen Aktivitäten auf dem Gebiet der SDG. Seine Frage zum Verbleib des Statistischen Bundesamtes in der IAEG-SDGs – trotz der anstehenden Rotation der Mitglieder – beantwortet Angela Schaff dahingehend, dass der Verbleib in der Gruppe beantragt, aber noch nicht entschieden sei.

TOP 8 Lücken im Programm der Bundesstatistik

Sibylle von Oppeln-Bronikowski ermuntert die Beiratsmitglieder, Lücken im Programm der Bundesstatistik nicht nur mit Blick auf die Relevanz (also das Fehlen von Bundesstatistiken) zu benennen, sondern auch mit Blick auf weitere Qualitätskriterien wie Aktualität, Genauigkeit, Zugänglichkeit und den Kompromiss zwischen diesen Kriterien.

Edgar Brandt (Bundesbank) nennt als positive Beispiele der jüngsten Entwicklung zur verbesserten Konjunkturanalyse drei inzwischen geschlossene Lücken, nämlich die [Produktion im Ausbaugewerbe](#), den [Preisindex für Wohnimmobilien](#) und die [Statistik des Auftragsbestands](#). Das statistische Bild des Dienstleistungsgewerbes, insbesondere die Darstellung seiner Wertschöp-

⁵ econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V., siehe auch: <http://www.econsense.de/>.

⁶ Vgl. hierzu auch das gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und der Deutschen Statistischen Gesellschaft durchgeführte 16. Wissenschaftliches Kolloquium: „Composite Indicators – Boon or bane?“/„Zusammengesetzte Indikatoren – Fluch oder Segen?“ (22./23. November 2007).

fung, werde sich durch die Umsetzung des EU-Rahmens FRIBS⁷ verbessern. Was jedoch die für die Konjunkturbeobachtung wichtigen Vorratsveränderungen (Lagerbestände) angehe, fehle eine direkte Quelle. Im Immobiliensektor fehlten Daten über Baubeginne. Für die Preisstatistiken sei eine stärkere Disaggregation der Zeitreihen, z. B. im Bereich der Mieten und Pauschalreisen zu wünschen.

Dr. Karin Fehres (DOSB) spricht die Lücken des statistischen Bildes über das zivilgesellschaftliche Engagement an, etwa über das Engagement von Migranten. Als Positivbeispiel nannte sie das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“⁸ des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, das mit der Bundesstatistik zu vernetzen sich lohne.

Dr. Christel Degen (DGB) nennt die Teilzeitbeschäftigung und hier besonders die „unfreiwillige Teilzeitarbeit“. Obgleich durch Mikrozensus und ILO-Arbeitskräfteerhebung sich hier vieles verbessert habe, fehlten noch Erkenntnisse zur unfreiwilligen Teilzeitarbeit wegen Familienpflichten in regionaler Gliederung. Eine Mikrozensus-Frage, ob Teilzeitkräfte Vollzeit arbeiten würden, wenn die Betreuung von Familienangehörigen – ob Kinder oder Pflegebedürftige – sichergestellt wäre, sei wünschenswert.

Dr. Rolf Ketzler (GDV) erinnert an das Interesse der Versicherungswirtschaft an Daten zur Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge, dem das Statistische Bundesamt 2008 und 2012 mit Testerhebungen nachgekommen war, ohne dass diese aus Sicht des Statistischen Bundesamts befriedigende Ergebnisse gezeigt hatten.⁹ Eventuell bestehe hier die Chance auf eine Neubewertung der Versuchsergebnisse. Dies auch vor dem Hintergrund der politischen Prioritäten, die etwa im derzeit diskutierten Entwurf eines Betriebsrentenstärkungsgesetzes zum Ausdruck kämen. Es gebe zwar Umfragedaten zum diesem Thema, wichtig seien jedoch aus seiner Sicht amtliche Daten. Außerdem wirbt er für eine ganzheitlichere Betrachtung der Vermögenspreisentwicklung, die über die Preise von Wohnimmobilien hinausgeht.

Heidrun Reuter (BMVI) gibt zu bedenken, dass spezielle Lücken im Programm der Bundesstatistik zumeist in den jeweiligen Fachausschüssen – in ihrem Fall im Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismusstatistiken“ – angesprochen werden. Sie beschränkt sich darauf, die Überarbeitung der Raumtypen zu nennen. Die Landkreise als Anknüpfungspunkt seien veraltet, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) und das Statistische Bundesamt sollten von standardisierten Kreistypen zu siedlungsori-

⁷ Framework Regulation Integrating Business Statistics: Geplante neue EU-Rahmenverordnung zu den Unternehmensstatistiken mit dem Ziel, ein integriertes System über alle Unternehmensstatistiken zu schaffen. Siehe hierzu auch: Waldmüller, Dr. Bernd/Weisbrod, Joachim. *Neuere Entwicklungen in den Unternehmensstatistiken*. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 5/2015, Seite 33–48, insbesondere Seite 36–38.

⁸ <https://www.stifterverband.org/ziviz>.

⁹ Vgl. Endbericht unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitskosten/AufwendungenAnwartschaftenBAV5629101129004.pdf?__blob=publicationFile

entierten Raumtypen übergehen; ein Vorschlag, den auch Edgar Brandt teilt. Prof. Bauer gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die zunehmende Georeferenzierung das Problem weitgehend lösen werde.

Zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen fragt Prof. Seifert (Umweltverbände), ob das Konzept der „planetarischen Grenzen“¹⁰ auch auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen anwendbar sei und ob es im Statistischen Bundesamt erörtert werde.

Für Prof. Wilde (Hochschulen) stellt der Übergang der Preisstatistik auf verkettete Indizes ein Problem dar, weil die deflationierten Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dadurch z. T. problematische Eigenschaften aufweisen. Sein Petitum ist eine parallele Berechnung zumindest der Kerngrößen nach der früheren, unverketteten Methode.

René Rimpler (ZDH) regt an, die „handwerksähnlichen Gewerbe“ in die Handwerksstatistik aufzunehmen.

Kirsten Wittschen (BMI) lenkt den Blick auf die beschränkten öffentlichen Haushaltsmittel für Statistik und fordert, stärker über (ggf. nicht mehr zeitgemäße) Teile des Programms nachzudenken, auf die zugunsten neuer Inhalte verzichtet werden könne.

TOP 9 Beratung zur Umsetzungsstrategie

Vier Arbeitsgruppen widmen sich jeweils parallel in getrennten Räumen einem Thema. Es beraten

„Big Data in der amtlichen Statistik“

- Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Forschungsinstitute)
- Dr. Alexandra Blanke (BMBF)
- Thilo Börner (Ver.di)
- Dr. Christel Figgner (StLA Hessen)
- Dr. Rolf Ketzler (GDV)
- Günter Kromholz (StLA Thüringen)
- Heidrun Reuter (BMVI)
- Klaus Schrader (GdW)
- Kirsten Trittermann (BMFSFJ)
- Jürgen Wayand (StLA Bremen)
- Prof. Dr. Joachim Wilde (Hochschulen)

im Beisein von Prof. Dr. Manfred Ehling, Thomas Riede und Prof. Dr. Markus Zwick (alle Statistisches Bundesamt),

¹⁰ „planetary boundaries“ i. S. von ökologischen Grenzen der Erde, konkret etwa: Artensterben, Verschmutzung mit Chemikalien, Ozonloch, Süßwasserverbrauch.

„Zensus post-2021“

- Peter Büttgen (BfDI)
- Renate Cohrs (StLA Hamburg/Schleswig-Holstein)
- Michael Haußmann (VDSt)
- Simone Lehmann (StLA Niedersachsen)
- Prof. Dr. Ralf Münnich (DStatG)
- Michael Reichelt (StLA Sachsen-Anhalt)
- Nicolas Schäfstoß (BMUB)
- Prof. Dr. Gert G. Wagner (Forschungsinstitute)
- Kirsten Wittschen (BMI)

im Beisein von Dr. Sabine Bechtold und Thomas Körner (beide Statistisches Bundesamt),

„Infrastruktur für eine registerbasierte Statistik“

- Dr. Volker Appel (BMEL)
- Christa Bahrmann (StLA Sachsen)
- Dr. Ulrike Beland (DIHK)
- Stefan Bender (RatSWD)
- Jörg Berres (StLA Rheinland-Pfalz)
- Dr. Karin Fehres (DOSB)
- Thomas Herkner (BDEW)
- Matthias Pannhorst (BMWi)
- René Rimpler (BMWi)

im Beisein von Martin Beck und Bernd Schmidt (beide Statistisches Bundesamt),

„Globalisierung/Digitalisierung“

- Michael Alber (BGA)
- Edgar Brandt (Bundesbank)
- Dr. Christel Degen (DGB)
- Peter Hohlfeld (IMK)
- Solveigh Jäger (BDI)
- Dr. Joachim Recktenwald (Eurostat)
- Prof. Dr. Eberhard K. Seifert (DNR)

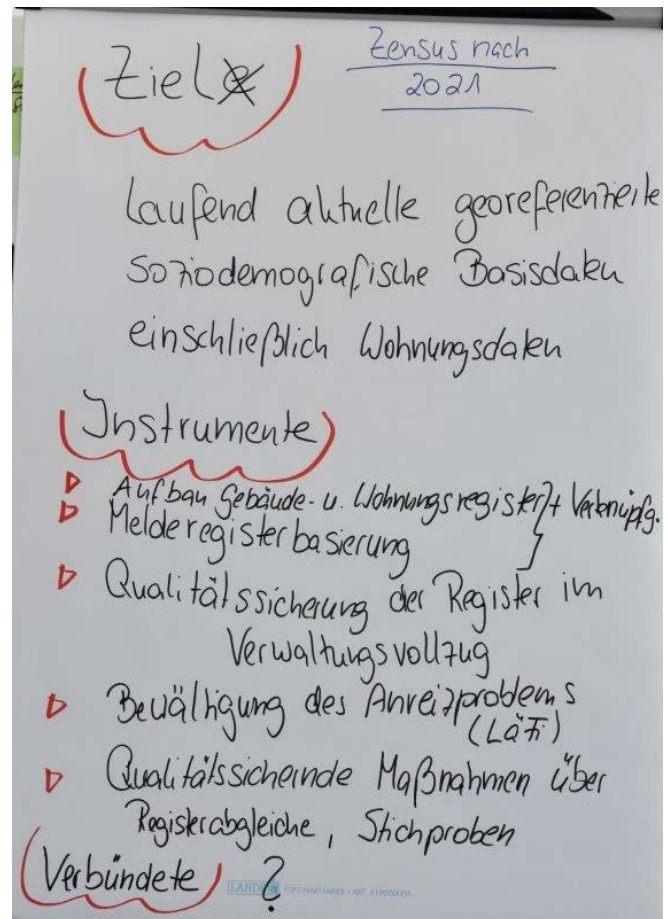
im Beisein von Albert Braakmann und Peter Schmidt (beide Statistisches Bundesamt).

Die Wünsche der Arbeitsgruppe „Zensus post-2021“ berichtet Michael Haußmann so:

- Soziodemografische Basisdaten sollen laufend vorliegen und nicht nur zu Zehnjahresstichtagen.
- Georeferenzierung soll flexible räumliche Auswertungsmöglichkeit schaffen.
- Soziodemografische Basisdaten und Wohnungsdaten sollen möglichst verknüpft sein, um die Frage „Welche Haushaltsform wohnt wo“ beantworten zu können.

Als Instrumente sieht die Gruppe ein Gebäude- und Wohnungsregister, möglichst mit einer eindeutigen Kennung für die Wohnung, sowie eine echte Melderegisterbasierung (statt Melderegisterstützung). Die Qualitätssicherung müsse von der statistischen Seite in

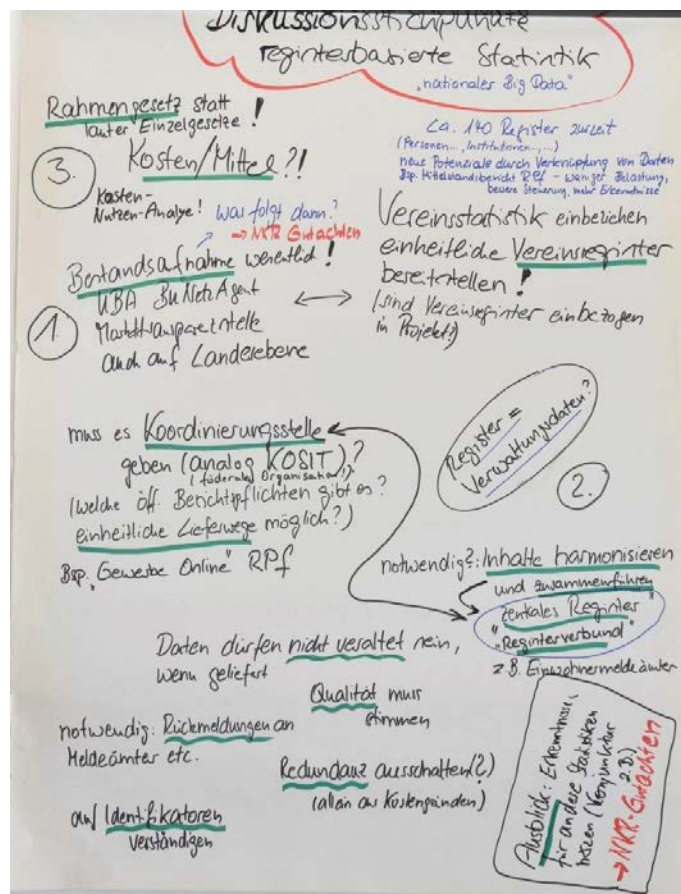
den Verwaltungsvollzug verlagert werden, dazu seien positive Anreize für die Vollzugsverwaltungen zu entwickeln – über die bestehenden Fehlanreize durch überhöhte Melderegisterzahlen (Stichwort Länderfinanzausgleich) ist sich die Gruppe im Klaren.



Für die Arbeitsgruppe „Infrastruktur für eine registerbasierte Statistik“ berichtet Dr. Ulrike Beland, dass das Statistische Bundesamt derzeit Beiträge zu einem vom Nationalen Normenkontrollrat beauftragten Gutachten „Registermodernisierung“ liefert, das Mitte September vorliegen soll. Der Normenkontrollrat sieht digital geführte und vernetzte Register als Voraussetzung einer wirksamen und sparsamen Verwaltungsarbeit, die auch den Bürgern Aufwand und Kosten ersparen – etwa indem Registerabfragen papiergebundene Nachweispflichten ersetzen. Der Auftragnehmer McKinsey&Company soll mit Hilfe des Statistischen Bundesamtes unter anderem eine Bestandsaufnahme der „Registerlandschaft“ machen, einen Soll-Zustand beschreiben, Wirtschaftlichkeitsberechnungen anstellen und Maßnahmen zur Umsetzung in der kommenden Legislaturperiode vorschlagen. Das Statistische Bundesamt liefert wesentliche Teile der Bestandsaufnahme einschließlich Fallanalysen der Registerverwendung in der amtlichen Statistik Österreichs und der Schweiz.

Die Arbeitsgruppe plädiert dafür, eine breite Basis anzustreben (einschl. zivilgesellschaftlicher Aspekte, wie Vereine), nicht nur zur Belastungsvermeidung, sondern auch, um neue Erkenntnisse aus dem „nationalen Big Data“ zu gewinnen, das die öffentlichen Register gewissermaßen darstellen. Als sinnvoll erachtet sie

- eine koordinierende Stelle, analog zur KoSIT¹², diese solle möglichst als Bund-Länder-Institution ausgestaltet sein und den zu schaffenden Registerverbund koordinieren (Stichwort: Stamm-oder Kerndatensatz) sowie die Registerdaten kontrollieren,
- eine Rückmeldepflicht und -befugnis der Register-Koordinierungsstelle an die datensammelnden Stellen,
- die Beschränkung auf möglichst wenige Identifikatoren (Stichwort: einheitliche Wirtschafts-Identifikationsnummer) sowie die Vermeidung von Redundanzen,
- eine Kosten-Nutzen-Analyse, wie sie auch Teil des Gutachtens ist,
- ein Rahmengesetz anstelle von Einzelgesetzen zur Registernutzung.



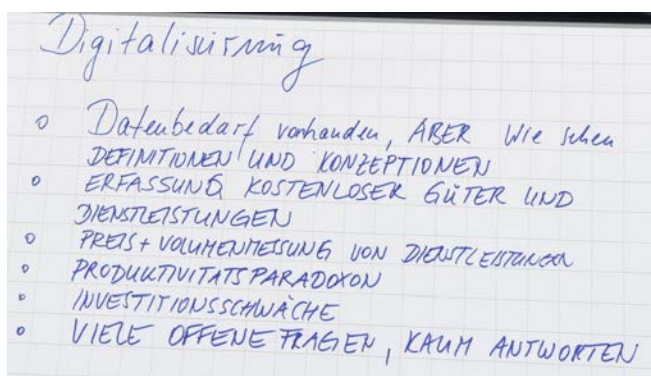
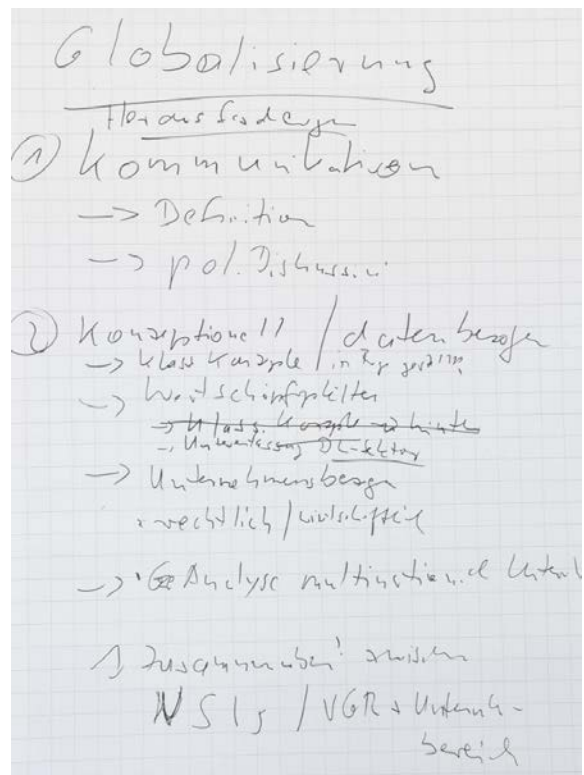
Für die Arbeitsgruppe „Globalisierung/Digitalisierung“ berichtet Edgar Brandt zum Punkt „Globalisierung“, dass einerseits die stetig zunehmenden Außenhandelsvolumina und andererseits die politische Diskussion um die Gefahren der Globalisierung zeige, wie wichtig aussagekräftige und belastbare statistische Daten seien. Für die Statistik ergäben sich kommunikative wie konzeptionelle Herausforderungen. Ein Kernpunkt sei die Erweiterung des Blickwinkels über die Messung von Handelsbeziehungen hinaus hin zur Betrachtung von Wertschöpfungsketten. Das schließt den Dienstleistungssektor (z. B. Lizenzen, Patente) ein. Die Gruppe weist auf entsprechende Entwicklungen hin, wie die bestehende OECD-Datenbank¹³, ebenso wie die „International Sourcing“-Erhebung des Statistischen Bundesamtes, die 2006 als Testerhebung durchgeführt wurde und 2017/2018 auf Basis des § 7 Absatz 1 BStatG erneut durchgeführt werden kann und die innerhalb der EU-Rahmenverordnung „FRIBS“ alle drei Jahre durchgeführt werden soll. Kon-

¹² Koordinierungsstelle für IT-Standards, <http://www.xoev.de>.

zeptionell sei wichtig, zwischen den Einheiten in der Statistik zu unterscheiden und die unterschiedlichen Geschäftsmodelle zu erkennen, etwa der Wertschöpfung zwischen (verbundenen) Unternehmen desselben Konzerns und jener zwischen unabhängigen Unternehmen (Zuliefererbeziehungen). Dies führt zur Frage der Abgrenzung der statistischen Einheiten (Konzept der rechtlichen Einheiten gegenüber wirtschaftlichen Einheiten), das die statistischen Ämter mit dem „Profiling“ angehen.

Edgar Brandt erwähnt die Konzernabschlussstatistik der Bundesbank mit der Herausforderung, dass das Inlandskonzept, wie es aus den VGR bekannt ist, bei der transnationalen Betrachtung von wirtschaftlichen Einheiten nicht mehr gilt. Daraus ergibt sich die Forderung an das Statistische Bundesamt, bei der transnationalen Betrachtung von Wirtschaftseinheiten gleichwohl zwischen In- und Ausland zu differenzieren, um die Ergebnisse an konventionelle Statistiken anschließen zu können.

Das Problem statistischer Verzerrungen durch Verlagerung von Aktivitäten großer multinationaler Unternehmensgruppen¹⁴ erfordere eine enge internationale Zusammenarbeit der Statistikämter. Diese müssten Verlagerungen erkennen und die Statistiken entsprechend anpassen. Auch die interne Kooperation in den Statistikämtern, zwischen Gesamtrechnungen und Unternehmensstatistiken, werde noch wichtiger.



Für das zweite Thema „Digitalisierung“ geht Solveigh Jäger von der aktuellen Diskussion um das Produktivitätsparadoxon und die erwarteten Effekte der Digitalisierung aus, die aus mikro- wie makroökonomischer Perspektive geführt werden könne. Entsprechender Datenbedarf sei vorhanden. Die statistischen Konzepte zur

Abbildung von Phänomenen wie „Industrie 4.0“ stünden aber noch am Anfang. Notwendig sei

¹³ <http://stats.oecd.org/Index.aspx>.

¹⁴ Vgl. <https://www.oecd.org/std/na/Irish-GDP-up-in-2015-OECD.pdf>.

eine stärkere Kommunikation zwischen Nutzern und Statistik. Solveigh Jäger stellte denkbare neue Indikatoren (etwa Flexibilität der Produktion, Liefertreue, Reklamationen) den alten (Umsatz, Produktivität, Investitionen) gegenüber. Auf der Makroebene stelle die Erfassung und Bewertung nicht-monetärer Güter und Dienstleistungen eine große Herausforderung dar. Zugunsten des Themas „Globalisierung“ hatte die Gruppe diesem zweiten Thema weniger Zeit gewidmet.

TOP 11 Weiteres Vorgehen

Der Beirat kommt überein, die Beratung über das Thema „Digitale Daten“ (Big Data) in einer Arbeitsgruppe zu vertiefen mit dem Ziel, fachliche und rechtliche Empfehlungen auszuarbeiten, etwa dahingehend: *„Wo liegen Schwerpunkte, die in ein Erhebungsprogramm münden könnten“*. Prof. Bauer, Stefan Bender, Thilo Börner, Dr. Christel Figgenger, Hans-Josef Fischer und Prof. Wilde erklären sich hierzu bereit.

Peter Büttgen rät angesichts der anstehenden fachlichen und gesetzgeberischen Vorarbeiten zu einer frühzeitigen Befassung mit dem Thema „Zensus post-2021“. Hierzu erklären sich Michael Haußmann, Prof. Münnich und Prof. Wagner bereit.

Sibylle von Oppeln-Bronikowski regt an, das Thema „Globalisierung/Digitalisierung“ im Rahmen des Fachausschusses „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (31.11./1.12) zu behandeln. Dr. Christel Degen, Peter Hohlfeld, Solveigh Jäger und Prof. Seifert erklären sich bereit, das Thema für den Beirat weiterzuverfolgen. Solveigh Jäger regt darüber hinaus auch die Befassung des Fachausschusses „Statistik im Produzierenden Gewerbe“ (26.9.) mit diesem Thema an.

Das Thema „Infrastruktur für eine registerbasierte Statistik“ erscheint – so Dr. Ulrike Beland – durch die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes am vom Normenkontrollrat beauftragten Gutachten so intensiv bearbeitet, dass eine zusätzliche Beirats-Arbeitsgruppe momentan nicht nötig erscheint. Der Beirat begrüßt, dass das Statistische Bundesamt seine Kompetenz auf diesem Gebiet einbringt. Gleichwohl erklären sich Stefan Bender, Edgar Brandt und Thomas Herkner bereit, das Thema zu beobachten und sich insbesondere mit dem für Mitte September zu erwartenden Gutachten zu befassen.

TOP 12 Verschiedenes

Der Vorsitzende stellt keinen weiteren Beratungsbedarf fest und schließt, mit nochmaligem Dank an die Beiratsmitglieder, gegen 15.20 Uhr die Sitzung.

Berichterstatter
gez. Thomas Wöll

Vorsitzender
gez. Dieter Sarreither/Prof. Dr. Thomas K. Bauer